



Stadtverwaltung Plauen

Herr Oberbürgermeister
Steffen Zenner

Plauen, 24.03.2022

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion stellt den Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Leitbild und die Rahmenkonzeption für die kommunalen Kindertageseinrichtungen und Horte der Stadt Plauen zu evaluieren.

Dazu sind die Möglichkeiten und Auswirkungen der vielfältigen Bildungsbereiche durch Einschätzungen von Fachexperten, pädagogischen Fachkräften, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und vor allem der Erziehungsberechtigten anzuhören. Diese Diskussion ist gemeinsam mit dem Stadtrat zu führen. Die Einschätzungen sind in die o.g. Rahmenkonzeption aufzunehmen und ggf. müssen diese angepasst werden. Ein stringentes Festhalten am derzeitigen Bildungskonzept ist zu hinterfragen, um die Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder auf einem aktuellen Stand zu halten.

Grundlage dabei ist der gültige Sächsische Bildungsplan.

Mit Beginn des kommenden Schuljahres nach der Sommerpause 2022 erfolgt erstmals die Anpassung zur aktuellen Konzeption.

Die Wahlfreiheit der Erziehungsberechtigten in Bezug auf Bildungskonzepte ist dabei zu berücksichtigen.

Begründung:

Die frühkindliche Bildung und die Beachtung von Individualität sind uns als CDU-Fraktion sehr wichtig.

Mit dem Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 21-19 hatten wir bereits eine Überprüfung gefordert, da das derzeitige Konzept aus dem Jahr 2011 ist.

Sowohl die pädagogische und qualitativ wertvolle Arbeit mit und für die Kinder in unserer Gesellschaft sollte evaluiert werden, um kognitive Fähigkeiten zu fördern. Die Wahlfreiheit muss für die Erziehungsberechtigten klar erkennbar sein, so dass mit der Suche nach einem geeigneten Betreuungsplatz die jeweiligen Angebote abrufbar sind. Kindern muss eine individuelle Förderung ihrer Fähigkeiten ermöglicht werden. Aufgabe der Stadt ist es, hierzu verschiedene Bildungskonzepte anzubieten. Davon partizipieren die Kinder und Eltern und für den Wirtschaftsstandort Plauen ist dies ein Kriterium für den Zuzug junger Familien.

Wie bereits 2019 äußern sich auch heute uns gegenüber Eltern, die Kritik an der aktuellen Konzeption äußern. Hier muss die Verwaltung zeitnah reagieren.

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender